Handlungsempfehlungen

Abwägung zwischen Menschenrechten und öffentlicher Sicherheit

Die Chance. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Privatsphäre sind international anerkannte Menschenrechte und wesentliche Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit. Sie sind entscheidend für die Wahrung der menschlichen Würde und für die volle Entfaltung des menschlichen Potenzials. Heute bieten soziale Netzwerke, mobile Apps und andere Clouddienste neue Möglichkeiten, um sich Nachrichten und Informationen zu verschaffen und auch selbst zu verfassen und zu veröffentlichen. Die Gesellschaft profitiert von den unzähligen Möglichkeiten: informiertere und engagiertere Bürger, erweiterte wirtschaftliche Chancen und stärker untereinander vernetzte Communitys.

Die Herausforderung. Jede Technologie lässt sich auch missbräuchlich verwenden. Clouddienste können missbraucht werden, um illegale und anstößige Inhalte zu verbreiten, sei es als Fotos, Videos, Audiodateien oder Text. Dadurch entstehen für Regierungen und Bürger neue Probleme, und es wird eine Abwägung erforderlich: einerseits zwischen dem Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts, Informationen zu empfangen und zu übermitteln und der öffentlichen Sicherheit andererseits. Angesichts der Anstrengungen vieler Länder, das richtige Gleichgewicht zwischen diesen beiden Seiten zu finden – insbesondere in einer Zeit des Terrorismus und neuer Formen des Extremismus –, muss aber auch betont werden, dass öffentliche Sicherheit und freie Meinungsäußerung einander ergänzende Werte sind, die sich oftmals gegenseitig stärken.

Politische Empfehlungen. Um ihren Bürgern am besten zu dienen, sollten Regierungen demokratische Prozesse nutzen, um klare Gesetze und Vorschriften zu schaffen, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien interpretiert und umgesetzt werden. Auf diese Weise können Regierungen die freie Meinungsäußerung und die öffentliche Sicherheit schützen und gleichzeitig das Vertrauen in die Regierung stärken. Gleichzeitig schaffen sie so die Voraussetzungen, um die Vorteile zu realisieren, die Technologie für Gesellschaft und Wirtschaft bietet. Insbesondere die folgenden Prinzipien sollten von den Regierungen beachtet werden:

- **Respektierung der Rechtsstaatlichkeit:** Bei der Regulierung von Online-Inhalten sollten sich Regierungen von rechtsstaatlichen Grundsätzen leiten lassen. Das bedeutet, eindeutige Vorschriften zu schaffen, die in Gesetzen und Bestimmungen kodifiziert sind. Es bedeutet auch, offen und transparent zu agieren, sodass die Öffentlichkeit die Vorschriften und ihre Anwendung versteht. Und schließlich bedeutet es, individuelle Umsetzungsentscheidungen

von juristischer oder unabhängiger Genehmigung oder Überprüfung abhängig zu machen und den betroffenen Unternehmen und Personen zu gestatten, Rechtsmittel gegen für sie negative Entscheidungen einzulegen.

- **Schutz der freien Meinungsäußerung und des Zugangs zu Informationen:** Regierungen haben zweifelsohne das Recht und auch die Verantwortung, die öffentliche Sicherheit zu schützen. Und das bedeutet manchmal, den Zugriff auf digitale Informationen oder die Löschung von Online-Inhalten zu fordern. Doch die freie Meinungsäußerung sollte nicht durch Regierungen eingeschränkt werden – außer in eng definierten Situationen auf der Grundlage international anerkannter Gesetze oder Normen. Solche Einschränkungen sollten immer in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsgesetzen und Normen sowie dem Rechtstaatsprinzip erfolgen und für den jeweiligen Zweck angemessen sein. Regierungen müssen unbedingt sicherstellen, dass Gesetze zur Regulierung von Online-Inhalten Personen nicht daran hindern, Ideen auszutauschen – selbst wenn diese Ideen unbeliebt sind.

- **Respektierung der Privatsphäre im Online-Bereich:** Regierungen besitzen langjährige Erfahrung bei der Interessensabwägung zwischen verantwortungsvollen und angemessenen Rechten von Behörden der nationalen Sicherheit und Überwachung ihrer Bürger zur Strafverfolgung. Diese Abwägung muss sich auch in Gesetzen, Vorschriften und Praktiken für die Online-Überwachung widerspiegeln. Regierungen sollten Vorschriften zur Regelung ihrer Überwachung von Online-Aktivitäten transparent erstellen, veröffentlichen und anwenden. Gelingt dies nicht, führt das unweigerlich dazu, dass die Aktivitäten in andere Kommunikationskanäle verlagert werden, ohne dass ein Zusatznutzen für die öffentliche Sicherheit, den menschlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung entsteht.

- **Umsetzung eines prinzipienbasierten Ansatzes bei der Regulierung von Online-Inhalten:** In den Fällen, wo Regierungen von Technologieunternehmen fordern, Online-Inhalte zu löschen, sollte das transparent und entsprechend den Gesetzen erfolgen. Außerdem muss klar definiert sein, welche Inhalte illegal sind und durch welche Dienste diese gelöscht werden müssen. Die Löschung sollte nach dem Prinzip „Notice & Takedown" – also Meldung und Löschung – vorgeschrieben sein, statt von Technologieunternehmen eine proaktive Überwachung zu fordern. Es muss vorgeschrieben sein, dass Meldungen zum Löschen von Inhalten konkret, eng zugeschnitten und ausreichend detailliert sein müssen, damit Unternehmen wissen, was genau gelöscht werden muss. Es muss klargestellt sein, dass alle Forderungen nach Löschung von Inhalten gerichtlich überprüft und angefochten werden können, und Internetunternehmen muss es gestattet sein, die Öffentlichkeit über alle eingehenden Löschanforderungen zu informieren.

Abwägung zwischen Menschenrechten und öffentlicher Sicherheit

- **Respektierung nationaler Souveränität durch internationale Zusammenarbeit:** Angesichts des globalen Charakters des Internets betreffen Forderungen zum Löschen von Inhalten oder zur Offenlegung von digitalen Beweismitteln oftmals ausländische Staatsangehörige oder internationale Interessen. Wenn Länder unilateral und ohne Rücksicht auf die legitimen Souveränitätsinteressen anderer Länder handeln, leidet darunter nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch die Ausübung grundlegender Rechte. Regierungen sollten sich auf die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und die Umsetzung internationaler Normen konzentrieren. Wo die bestehenden Regeln für grenzüberschreitende Zusammenarbeit veraltet oder umständlich sind, sollten Regierungen diese überarbeiten, um mit der aktuellen Technologie und den neuen Herausforderungen Schritt zu halten.

- **Keine Behinderung von Technologieunternehmen:** Online-Dienste, die ihren Nutzern das Posten von Inhalten ermöglichen, enthalten üblicherweise Nutzungsbestimmungen. Damit wollen die Dienstanbieter ihre legitimen Geschäftsinteressen absichern, z. B. ihre Marken schützen und für Benutzererfahrungen sorgen, die dem Charakter des Dienstes und der Nutzercommunity für den Dienst entsprechen. Bei vielen Unternehmen gibt es bereits Prozesse, wie Nutzer oder andere Personen Inhalte melden können, die ihrer Meinung nach gegen die Nutzungsbestimmungen verstoßen. Und es gibt entsprechende Vorgehensweisen zur Überprüfung und möglichen Löschung dieser Inhalte. Regierungen sollten keinen Druck auf Unternehmen ausüben, ihre Nutzungsbestimmungen für Dienste zu ändern. Sie sollten sich auch nicht in die Durchsetzung der Nutzungsbestimmungen von Unternehmen einmischen.